

Herrn Volker Kauder
Fraktionsvorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion

Berlin, den 19. November 2012

Sehr geehrter Herr Kauder,

vor fast genau einem Jahr haben alle Fraktionen des Deutschen Bundestages einhellig eine Resolution beschlossen, engagiert und entschlossen gegen Rechtsextremismus vorzugehen.

Nun wenden wir uns mit einer dringenden Bitte an Sie im Hinblick auf die letzte Lesung des Einzelplans 17 am 22.11.2012:

Die Bundesprogramme des Bundesfamilienministeriums, die maßgeblich die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus finanzieren, laufen Ende 2013 aus. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit wissen wir, dass durch die anstehende Bundestagswahl der Haushalt für das Folgejahr erst sehr spät verabschiedet werden wird. Dadurch kann auch die Weiterfinanzierung dieser wichtigen Arbeit durch ein noch zu beschließendes Bundesförderprogramm für einen langen Zeitraum unterbrochen werden. Im schlechtesten Fall bedeutet das, dass von Ende Dezember 2013 bis frühestens Oktober 2014 keine mobile Beratung bei Neonazi-Vorfällen an Schulen, keine Hilfe für Betroffene rechtsextremer Gewalt und keine Bildungsarbeit gegen Antisemitismus stattfinden kann. Für diese Zeit benötigen wir dringend ein Übergangsmanagement.

Denn gerade in Hinblick auf die rechtsterroristische Mordserie, die Befunde aus dem Antisemitismusbericht der Expertenkommission des deutschen Bundestages und den Untersuchungsergebnissen der Brähler-Decker-Studie der FES ist die Fortsetzung einer nachhaltigen Präventionsarbeit für demokratische Kultur dringend von Nöten.

Daher bitten wir SIE so herzlich wie nachdrücklich im Sinne der gemeinsam beschlossenen Resolution aller Fraktionen um ausreichende Verpflichtungsermächtigungen für die Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie, die sicherstellen, dass zumindest die bestehende Projektarbeit weitergeführt werden kann.

Haben Sie herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

- Wolfgang Antes für die Jugendstiftung Baden-Württemberg
- Silke Baer für Cultures Interactive, Verein für interkulturelle Bildung und Gewaltprävention
- Pascal Begrich für Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V.
- Kay Bolick für LOBBI - Beratung für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern
- Friedemann Bringt für die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus
- Ansgar Drücker für IDA - Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e.V.
- Katja Fiebiger für MOBIT, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Thüringen
- Sven Frye für den Deutschen Bundesjugendring (DBJR)
- Uwe-Karsten Heye für Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland
- Anetta Kahane für die Amadeu Antonio Stiftung
- Bianca Klose für den Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V.
- Stephan J. Kramer für den Zentralrat der Juden
- Tobias Piper für die Opferperspektive Brandenburg
- Timo Reinfrank für die Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung
- Andreas Stäbe für das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC)